

Montag den 1. Dezember 1913

Dresdner Volkszeitung

Seite 3

am Mittwoch eingetroffene Meldungen berichten, daß infolge der ersten Anfälle der Waffen auf die spanischen Posten in Venos das deutsche Panzerschiff Douria vorgestern die Bombardierung eines zentralen Dorfes vornahm. — Dagegen aus Mexiko-Güte besagen, daß man in Regelungskreisen mit der Beliegung des spanischen Reichs und den Vereinigten Staaten beschäftigten Postes nunmehr mehr als 48 Stunden rechnet. Der Minister des Auswärtigen von Mexiko, Moheno, hat sich nach Veracruz begeben, um dort mit Lind, dem persönlichen Gesandten des Präsidenten Wilson, zu unterhandeln.

Russland.

Frankreich.

Hoffnungslust im radikalen Lager.

Paris, 30. November. Der Verwaltungsausschuß der radikal-republikanischen und sozialistisch-radikalen Partei hielt unter dem Vorsitz von Galliau eine Sitzung ab. Galliau stellte fest, daß die Ministerpräsidenten, Dumont, Clement, Riom und Soult durch den Kongress in Paris aufgefordert worden seien, gegen ihren Parteiführer und der Zugehörigkeit zur radikalen Partei zu schwören. Sie hätten nicht ihre Amtswiderrufe gestellt. Er erinnerte Politik daran, daß sie sich selbst aus der Partei ausgeschlossen hätten. — Später hielt dann Galliau bei dem Treffen der radikalen Soziale eine Rede. Er sprach von der nationalen Verteidigung und gab einen kundigen Ausdruck, daß die nächsten Maßnahmen, zumal in Stetten, Frankreich wieder zur zweijährigen Dienstzeit gezwungen.

Vulkan.

Verschwörung gegen König Ferdinand?

Selgras, 30. November. Hier sind aus Sofia Privatmeldungen vorliegen, wonach die dortige Polizei eine Offiziersverschwörung gegen König Ferdinand entdeckt haben soll. Die Offiziere hätten versucht, den König und seine ganze Familie nach dem Muster der späteren dem Rücken Battenberg folgenden Taktik zu bringen, einzurichten zu verlassen. Die Verhafteten weigerten sich angeblich über irgendwelche Details mitzutun.

Abenteuerlicher Wirkwart.

Bologna, 29. November. Dem Präsidenten der interräumlichen Regierung zu Alessio, Depoli, der bisher gekommen war, um sich in der Internationalen Kontrollkommission über das Pachtka und seine Anhänger zu beschweren, wurde bedeutend mehr Zeit eingeräumt, als seine Befürchtungen nach dem Muster der späteren dem Rücken Battenberg folgenden Taktik zu bringen, einzurichten zu verlassen. Die Verhafteten weigerten sich angeblich über irgendwelche Details mitzutun.

Der Bericht der Fleischkennzeichnungskommission.

Die vor Jahresfrist zur Untersuchung der Fleischnot einsetzte Fleischkennzeichnungskommission hat sodann den ersten Band der Berichte an den Reichstag gelangen lassen. Er enthält eine Reihe interessanter Gutachten über die Erfahrungen, die Städte mit dem Verkauf ausländischen Fleisches gemacht haben. Möglicherweise ein Teil der Gutachten an die Aufgabe mit offensichtlichem Mithaben herangegangen ist, steht es als allgemeines Ergebnis heraus, daß der Verkauf ausländischen Fleisches durch die Städte nützlich gewirkt hat. Verhältnismäßig ungünstig ist der Bericht der Stadt Berlin. Der Verfasser, Stadtrat Berndt, ist ein entschiedener Spezialist kommunaler Eingriffe in das private Erwerbsleben. Besonderswert ist er genötigt, tatsächlich zu berichten:

„Der Detailhandel sei eine nicht unvermeidliche Preisberührung eingetreten, aber nicht allgemein, sondern lediglich in den Metropolen und in der unmittelbaren Umgebung der Verkaufsstätte... Für einen Teil der Bevölkerung, insbesondere im Norden und Osten, wo die minderbemittelte Bevölkerung wohne, sei die eben so unvermeidliche Wirkung im Detailhandel eingetreten. Vielleicht habe die Einföhr noch die weitere Wirkung gehabt, zu verhindern, daß die Preise mehr in die Höhe gegangen seien... Zur Frage, wie das Publikum mit dem Fleisch zufrieden sei, bemerkte er, er habe von Anfang an eine recht lebhafte Diskussion nach dem sozialen Fleisch eingeleitet, und er könne wohl sagen, daß sie bis an den Tag (31. Januar 1913) standgehalten habe... Die Schwierigkeit, die Anfang schnell abgestanden habe, daß wenn die Leute einmal gesetzt habe, sie beim zweitenmal schon einfache, daß sie bei dem russischen Fleisch sich schlechter stehe als beim deutschen Fleisch und deshalb zu leichter zurückkehre, schien hier noch nichts zu sein.“

Aus Berlin wird berichtet: Die Wirkung der Einföhr sei gewesen, daß mit Beginn der Einföhr die Preise um etwas Pfennig pro Pfund gesunken seien. In Karlsruhe war die Einföhr besonders stark. Darüber wird berichtet:

„Der Erfolg dieser massenhaften Einföhr von Fleisch und auch bei dem auch nicht ausgeblichen. Man habe erreicht, daß bei dem Fleischsorten ein ganz erheblicher Preisabschlag eintreten können, und nicht nur bei dem Fleisch, sondern auch bei den Produkten aus dem Fleisch: Wurst, Rötelkleisch, Schinken und dergleichen.“

Im Bericht aus Bamberg heißt es:

„Die Wirkung der Einföhr von lebendem Schlachtfleisch könne nun konstatieren, daß sie für die Stadt Bamberg erfreulich gewesen sei, daß ein Hinausziehen der Preise über die tatsächlich eingesetzten Werte unterblieben sei, während allgemein in südwestdeutschen Kreisen die Meinung vertreten werden sei, daß ohne Einföhrmöglichkeit ein noch höheres Hinausgehen der Preise nicht hätte hinzugetrieben werden können. Etwas erfreulich sei auch, daß in einem bedeutenden Umfang — der Ausdruck gebraucht — sei natürlich relativ für den kleinen Platz Bamberg ausgewiesen — diese Einföhr eine Verbilligung der Schweinefleischpreise zur Folge gehabt habe.“

Aus Augsburg wird berichtet:

„Die Preise in den süddeutschen Verkaufsstätten seien etwa 4 bis 10 Pf. unter den Preissorten beim Ochsenfleisch, etwa 10 bis 12 Pf. beim Rindfleisch, 10 bis 16 Pf. beim Schweinfleisch gewesen.“

Der Bericht des Bayerischen Städtefanges besagt:

„Das Fleisch kommt in essentiell billiger verkauft werden, da die Weißger einheimisches Fleisch gleicher Qualität anbieten.“

Der Stuttgarter Bericht:

„Man könnte mit gutem Gewissen sagen, daß durch den Bezug des holländischen Viehs die Preise um mindestens 8 bis 10 Pf. Pfund gesunken seien.“

Bericht aus Meß:

„Die auf dem Viehmarkt zum Verlauf liegenden Geschäfte haben im Oktober 96 Pf. bis 1 M. pro Pfund Schlachtwicht geflossen und werden heute noch bis zu 96 Pf. bezahlt, während das von der Stadt eingeführte Ochsenfleisch, das an Qualität der hiesigen Ware weit überlegen ist, durchschnittlich zu 96 Pf. pro Pfund an die Weißger abgegeben wird.“

Bericht aus Halle a. S.:

„Wie fabellos das Fleisch gewesen sein müsse, wie gut der Apparat funktioniert habe, könne man daraus ersehen, daß unter den Millionen von Einzelverkäufen keine Störung im Publikum aufgetreten sei... Der Rückgang betrage seit Januar bis Ende Mai 5-6 Pf. pro Pfund, bei den minderen Fleischsorten mache er 9 Pf. aus.“

In Magdeburg, wo nur wenig Fleisch eingeschafft wurde, beträgt der Rückgang 5 Pf. pro Pfund. In Bremen war die Nachfrage stark, die Preise waren niedriger als die Berliner Preise. Schätzliche Verdüsse liegen aus anderen Städten vor. In der Schlussfassung der Enquetekommission mußte daher auch der Stadtrat Berndt-Berlin als Generalberichterstatter, der, wie schon gesagt, der Sache sehr überwollend gegenübersteht, als Gesamtergebnis zugeben, daß auch in dem größeren Teil der an der Einföhr beteiligten Städte die Preise gesunken sind, in der einen Stadt mehr, in der anderen in geringerem Maße.“ Weiter sagte er:

Ein Gutes hat zweifellos die Einföhr ausländischen Fleisches gehabt, nämlich die Wirkung, eine Verminderung der zum Markt gelangenden Fleischmenge herbeizuführen und damit einen immer nicht unbedeutlichen Teile des Publikums, insbesondere der ärmeren Bevölkerung, die Möglichkeit zu bieten, sich in den Zeiten, in denen hier zu billigem oder auch nur normalem Preisen Fleisch überhaupt nicht zu haben war, mit solchen billigen Fleisch zu versorgen. Dieser Erfolg ist in der Tat nicht unwesentlich zu nennen.

Tatsache ist also, daß sich das, was in den getroffenen Maßregeln den sozialdemokratischen Forderungen entspricht, bewährt hat. Das Bemühte bleibt dabei hinter dem von uns Verlangten weit zurück; die Zölle auf Futtermittel sind geblieben, ebenso die Viehzölle, die Fleischzölle sind nicht befeitigt, sondern nur ermäßigt worden, und diese Ermäßigungen gelten nicht allgemein, sondern für die Einföhr durch die Städte. Dem Widerstand der Interessenten wurde nicht überall mit der nötigen Entschiedenheit begegnet. Trotzdem sind Erfolge erzielt worden.

Es fragt sich heute, ob diese Erfolge festgehalten und ausgebaut oder ob sie wieder preisgegeben werden sollen. Die Sozialdemokratie fordert in diesem Falle Erhaltung, Weiterentwicklung des bestehenden und Bewahren. Die Agrarier und die Vertreter der Zwischenhandelsinteressen verlangen dagegen ihren radikalen Abbruch.

Wenn es nicht gelingt, die Geltung der getroffenen Maßregeln über den 1. April 1914 hinaus zu verlängern, dann steht ein neues Steigen der Preise in Aussicht. Wer sich dagegen wehren will, muß die sozialdemokratische Aktion zur Beibehaltung und Fortführung dieser Maßnahmen unterstützen. Auf alle Fälle werden die Erfahrungen der letzten Jahre weiter wirken und wenn ein neuer Reichstag eintritt, wird man wissen, daß es zu seiner Würdigung nur einen Weg gibt, den nämlich, den die Sozialdemokratie als den richtigen erkannt hat und gegen dessen Verlassen sie sich nun mit aller Entschiedenheit wehrt.

Soziales.

Ortsräte-Wahl in Bremen.

Bei der Ortsräte-Wahl in Bremen entfielen von 15 840 abgegebenen Stimmen auf die Liste der freien Gewerkschaften 9576, die der Christlichen 5811; die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften erhielten 226 und die Gelben 207 Stimmen. Dennoch erzielten die freien Gewerkschaften 36 Sitze, die Christlichen 22, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Gelben je einen Sitzen. Dieses Resultat ist besonders wegen der großen Stimmengewinne der Christlichen bemerkenswert, es zeigt aber auch, wie bedeutungslos die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Gelben sind.

Altersversicherung in Holland.

Die holländische Regierung hat jetzt eine Vorlage veröffentlicht, durch welche das Altersversicherungsgesetz des Niederländischen Reichs unter unendlichliche Staatspensionierung aller bedürftigen alten Leute erweitert werden soll. Damit kommt die Regierung einer Forderung nach, die unsere Partei seit dem Jahre 1898 anfangs unter dem Namen sämlicher bürgerlichen Parteien, dann aber unter steigendem Beifall propagierte. Leider ist aber das Gesetz, so gut es in prinzipieller Hinsicht ist, zu dürrig in der Ausführung. Es verleiht die Altersversicherung erst mit dem 70. Lebensjahr und nur demjenigen, der unbescholtener ist, sich nicht dem Zweck ergeben hat, in den letzten zehn Jahren keine Gefängnisstrafe erlitten und in den letzten fünf Jahren keine Arzneiunterstützung bezogen. Und auch diesen werden nur zwei Gulden in der Woche, einem Ehepaar nur drei Gulden (ein Gulden gleich 1,65 Mark) zugesichert.

Altersversicherung in Holland.

Die holländische Regierung hat jetzt eine Vorlage veröffentlicht, durch welche das Altersversicherungsgesetz des Niederländischen Reichs unter unendlichliche Staatspensionierung aller bedürftigen alten Leute erweitert werden soll. Damit kommt die Regierung einer Forderung nach, die unsere Partei seit dem Jahre 1898 anfangs unter dem Namen sämlicher bürgerlichen Parteien, dann aber unter steigendem Beifall propagierte. Leider ist aber das Gesetz, so gut es in prinzipieller Hinsicht ist, zu dürrig in der Ausführung. Es verleiht die Altersversicherung erst mit dem 70. Lebensjahr und nur demjenigen, der unbescholtener ist, sich nicht dem Zweck ergeben hat, in den letzten zehn Jahren keine Gefängnisstrafe erlitten und in den letzten fünf Jahren keine Arzneiunterstützung bezogen. Und auch diesen werden nur zwei Gulden in der Woche, einem Ehepaar nur drei Gulden (ein Gulden gleich 1,65 Mark) zugesichert.

Eine freigesprochene Mörderin.

Paris, 30. November. Frau Bödes, die angeklagt war, ihren Gatten, einen jungen Fabrikarbeiter und mehrfachen Millionär, durch sechs Revolverschläge getötet zu haben, ist gestern abend nach vierjähriger Verhandlung und nach einem glänzenden Plädoyer ihres Verteidigers freigesprochen worden.

Die italienischen Studentenanzüge.

Mailand, 30. November. Die Studenten-Ausbreitungen häufen sich tagtäglich. Als sich gestern wieder eine große Anzahl Studenten zusammengetroffen hatte, sah sich die Polizei gezwungen, einzutreten, um Auseinandersetzungen zu verhindern. Es entstand hierauf zwischen Polizei und Studenten eine Schlägerei, in deren Verlauf die Polizei verschiedene Verhaftungen vornahm. Ob auf der einen oder der anderen Seite Verletzungen zu konstatieren sind, mag erst die Untersuchung ergeben. Bis jetzt ist aber von solchen nichts bekannt. Auch aus anderen Städten Italiens werden Zusammenstöße von Studenten mit der Polizei gemeldet.

Letzte lokale Nachrichten.

Zot aufgefundene wurde gestern mittag in einem Abort eines Grundstückes in der Dürerstraße der dort wohnende Student Wend von der Tierärztlichen Hochschule. Ob Selbstmord oder ein natürlicher Tod vorliegt, stand bei Schluß der Lebenduntersuchung noch nicht fest.

Unfall. Als am Sonnabend abend der Kutscher W. mit seinem Wagen von Nördliche nach Dresden fuhr, stürzte er vom Wagen und wurde überfahren. Der Verunglückte wurde nach dem Friedrichsbaer Krankenhaus und später nach seiner Wohnung gebracht.

Dresdner Polizeibericht vom 1. Dezember.

Ein Schiffer bezog eine Veräußerung um 10 M. Er suchte einen Oberhändler im Werte von 1 M. und fragte, ob man ihm auf 10 M. herausgegeben könnte, ohne dieses Geld in Zahlung zu geben. Wahrend die zurückzuhaltenden 9 M. aufgesetzt wurden, verlangte er einen Bratzenkopf und legte dafür 10 Pf. auf den Tisch. Hierbei stach er die 9 M. mit einem und breitete den Laden. Bevor die Veräußerin feststellen konnte, daß der Betrüger die 10 M. überhaupt nicht bezahlt hatte, war er entkommen. Der Schiffer macht den Eindruck eines Kaufmanns, ist circa 30 Jahre alt, 1,66 Meter groß, hat unterschiedliche Gesichtszüge, ist dunkelhäutig, kleiner Kopf, spricht dialektal und trug dunkles Haar und schwarzen, hellen Mantel. Es wird erwartet, den Betrüger doch kommenfalls festnehmen zu lassen.

Ein festgenommener Express. Wie bereits gemeldet, wurde im August-Friedrich-August-Hof in Niederndorf ein Express festgenommen, der Liebespaare belästigte. Personen, die Sachdienstliches mitteilen können, werden erachtet, sich im Bureau der Landeskriminalpolizeibrigade Dresden, Schloßhofstr. 7, zu melden, oder ihre Adresse dorthin einsenden zu wollen.

Weiterbericht von der Wetterküche an der Friedrich-August-Brücke vom 1. Dezember, mittags 12 Uhr.

Barometer 760. Söd. Wind. Thermometer +10° R. Hygrometer 78%. Barometer 783. Wasserstand der Elbe — 64 Centimeter.

Letzte Telegramme.

Ein großer Personenaustausch?

Berlin, 1. Dezember. (Privattelegramm.) Mit dem Umlauf über Stuttgart wird berichtet, daß ein großer Personenaustausch in Elsaß-Lothringen und insbesondere in Saarland durchgeführt. Die Südbadische Zeitung in Stuttgart, die diese Meldung bringt, berichtet, daß das Infanterie-Regiment Nr. 99 verlegt wird und der Oberst den Abschied erhält. Leutnant a. Horner wird schon in den nächsten Tagen in eine andere Garnison versetzt. Als Nachfolger des Stabshabers sei der kommandierende General des 17. Armeekorps, Helmuth v. Hindenburg, vorgesehen und der Staatssekretär a. v. Bulow wird durch einen jüngeren Südbadischen Minister ersetzt. Dem kommandierenden General v. Helmuth wird die Führung eines außerhalb des Reichslandes liegenden Armeekorps übertragen. Eine Bestätigung dieser auffälligen Meldung von anderer Seite liegt vorläufig noch nicht vor. Der Kriegsminister ist in Donauwörth und hat dem Kaiser Vortrag über die Saarner Vorfälle gehalten.

Die Elsaß-Lothringische Regierung gegen das Militär.

Strasburg, 1. Dezember. Die Elsaß-Lothringische Regierung, die Beamte zur Untersuchung nach Saarland entsandte, sieht zunächst durchaus auf Seiten der Bevölkerung und man rechnet, falls nicht die erste Bestrafung erfolgt, mit dem Rücktritt des Staatssekretärs a. v. Bulow und des gesamten Ministeriums. Der Kaiser hat einen eingehenden Bericht von der Militär- und Zivilverwaltung gefordert. Die erbitterte Presse appelliert an den Reichstag, daß er zu sorgen, daß die Presse auch vom Militär beachtet werden und der Bevölkerung Kenntnis gegeben wird.

Bündnerpreis.

Paris, 1. Dezember. Der von der Kommission angenommene Gesetzentwurf über die Abgrenzung der Champagne hat die Minen des Außenministeriums durchaus nicht befriedigt. In einer Versammlung wurde gegen den Gesetzentwurf scharf Einspruch erhoben und beschlossen, daß die Regierung einer Forderung nach, die unsere Partei seit dem Jahre 1898 anfangs unter dem Namen sämlicher bürgerlichen Parteien, dann aber unter steigendem Beifall propagierte. Leider ist aber das Gesetz, so gut es in prinzipieller Hinsicht ist, zu dürrig in der Ausführung. Es verleiht die Altersversicherung erst mit dem 70. Lebensjahr und nur demjenigen, der unbescholtener ist, sich nicht dem Zweck ergeben hat, in den letzten zehn Jahren keine Gefängnisstrafe erlitten und in den letzten fünf Jahren keine Arzneiunterstützung bezogen. Und auch diesen werden nur zwei Gulden in der Woche, einem Ehepaar nur drei Gulden (ein Gulden gleich 1,65 Mark) zugesichert.

Die Gemeinderatswahlen in Portugal.

Lissabon, 1. Dezember. In Portugal haben gestern zum erstenmal seit Bestehen der republikanischen Regierung die Gemeinderatswahlen statt. Nirgends kam es zu Zusammenstößen, ausgenommen die Stadt Viseu. Doch in Lissabon sind bereits Truppen zur Sicherstellung der Ruhe und Ordnung gesetzt worden. In Lissabon verhält sich die Bevölkerung vollkommen ruhig. Die Demokraten, die von der Regierung unterstützt wurden, haben in fast allen Bezirken den Sieg hervorgebracht.

Das Megilo.

Reichst. 1. Dezember. Nach einem Telegramm aus Beratung sind der Gouverneur des Militärgefängnisses in Megilo und der Kommandeur der dortigen Wache als Gefangene unter strenger Bewachung nach der Strafkolonie Cuirautana Río gebracht worden. Sie sollen an einem Komplott beteiligt gewesen sein, das begossen, die Gefangenen freizulassen und eine Erhebung gegen den General Huerta zu unterstützen.

Die Unruhen in Natal.

Precaria, 30. November. Bei neuen Zusammenstößen auf den Zuckerplantagen in Natal sind sechs Jäger getötet und 20 verletzt worden.

Eine Eisenbahn zerstört.

Reichst. 1. Dezember. Nach einem Telegramm aus Beratung meldet der amerikanische Kommissar in Limpopo, daß die Eisenbahn von Limpopo nach St. Louis-Potchef. 36 Meter westlich von das Palmas zerstört worden ist.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.